

Erfahrungen eines europäischen Außenministers – Ziele eines europäischen Außenministers

Vortrag von **Jean Asselborn**: Er begann seine politische Laufbahn in der Gewerkschaft und war viele Jahre Bürgermeister der Stadt Steinfurt. Seit 1984 ist er Abgeordneter des Luxemburgischen Parlaments, dessen Vizepräsident er von 1999 bis 2004 war. Seit 2004 ist Jean Asselborn Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Luxemburg.

Zusammenfassung:

Die EU ist eine Solidargemeinschaft: Für die innereuropäische Zusammenarbeit ist es wichtig, auf den sozialen Zusammenhalt zu achten. Die gemeinsame Außenpolitik geht vom europäischen Verständnis von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie aus und bemüht sich, Probleme in einer multilateralen Welt mit Respekt vor dem internationalen Recht zu lösen.

Am Balkan ist das Konfliktpotential extrem hoch. Ein dauerhafter Friede wird nur möglich sein, wenn für alle Länder eine europäische Perspektive konkretisiert wird. Im Kosovo geht es darum, die Verhandlungen zu unterstützen mit Rücksicht auf die demokratischen Kräfte in Serbien – ohne Zustimmung Serbiens wird es keine Stabilität geben.

Im Nahen Osten liegt der Schlüssel zum Weltfrieden. Die Konflikte um den Libanon, Syrien und zwischen Israel und Palästina müssen gemeinsam betrachtet werden. Wenn sich sowohl die Arabische Liga, als auch die USA, die EU, Russland und die UNO in den Friedensprozess einbringen, sind gute Voraussetzungen für Fortschritte gegeben. Israel hat ein Recht auf Sicherheit, aber Palästina hat auch ein Recht auf Dignität!

In einer nervösen Welt muss Außenpolitik zur Beruhigung beitragen.

Mehr zum Thema:

Luxemburg ist eines der sechs Gründerländer der EU, sein Einfluss ist – gemessen an Demographie und Geographie – überproportional groß. Die nationalen Interessen von Luxemburg decken sich mit den Interessen der EU. Mehrsprachigkeit ist in Luxemburg selbstverständlich, die besondere Lage zwischen den großen Nationen Frankreich und Deutschland haben die Kultur des Landes geprägt. Im Jänner 2005 übernahm Luxemburg die Ratspräsidentschaft in der EU – eine große Herausforderung für die Luxemburgische Regierung, die damals erst wenige Monate im Amt war.

Das Ziel der **europäischen Außenpolitik** ist es, das Gemeinsame an der europäischen Identität zu vertreten. Nach europäischem Verständnis ist es die Aufgabe des Staates seine BürgerInnen zu schützen, die Menschenrechte zu wahren, Freiräume zu organisieren und die Gleichberechtigung aller zu sichern. Demokratie ist mehr als nur Wahlen abzuhalten. Die EU ist eine Solidargemeinschaft, auch außenpolitisch gesehen. Das ist in der momentanen Diskussion betreffend Raketenabwehrsystem zu beachten: Die EU hat eine Partnerschaft mit Russland aufgebaut, auch auf Nato-Ebene. Es sollte auch im Interesse der USA sein, Europa als Ganzes zu sehen und keine Lösungen anzustreben, die zur Uneinigkeit in Europa führen. Die EU hat mehr Einwohner als die USA und Russland zusammen!

Probleme sollten in einer multilateralen Welt mit Respekt vor dem internationalen Recht gelöst werden. Die UNO ist jenes Gremium, das uns dafür zur Verfügung steht und die UNO ist stärker, wenn sich die USA aktiv beteiligen und mitarbeiten.

Betreffend die **innereuropäische Zusammenarbeit** ist es wichtig, auch eine soziale Kohäsion anzustreben. Der soziale Friede ist wichtig – und eine Wirtschaft, die soziale Verantwortung übernimmt. Im Vorschlag für einen Grundvertrag der EU („Verfassung“) ist auch eine horizontale Sozialklausel vorgesehen, die dafür sorgt, dass alle wichtigen Beschlüsse der EU auf soziale Gerechtigkeit geprüft werden. Die gemeinsame „Verfassung“ sollte ein vorrangiges Ziel der EU sein. Gemäß der „Berliner Erklärung“ soll im Juni 2009 der Text dafür stehen. Daneben ist es wichtig, die Strukturen der EU zu erneuern und die Politiken der Mitgliedsländer stärker zu integrieren.

Ein Beispiel für die europäische Außenpolitik ist die Haltung zu einem **EU-Beitritt der Türkei**: Mittel- bis langfristig bringt der Türkei-Beitritt der EU strategische Vorteile, schon allein wegen der Nähe der Türkei zum Konfliktherd im Nahen Osten. Zur Annäherung der Türkei an die EU ist es wichtig, die Zypernfrage nicht nur als ein Problem der Türkei zu sehen.

Ein zweites Beispiel ist die Stellung der EU zu den **Balkanstaaten**: Das Konfliktpotential am Balkan ist extrem hoch, dauerhafter Friede nur möglich, wenn für alle Länder eine europäische Perspektive konkretisiert wird.

Besonders kritisch ist die Situation im Kosovo: Derzeit ist für Serbien ein Verzicht auf den Kosovo unvorstellbar, für die Kosovaren die Unabhängigkeit einziges Ziel. Diese Positionen machen es extrem schwierig ein Lösung zu finden, die für beide Seiten akzeptabel ist. Die Aufgabe der EU ist es, die Verhandlungen unter der Leitung von Ahtisaari zu unterstützen und mit den demokratischen Kräften Serbiens solidarisch zu bleiben. Der Konflikt ist extrem gefährlich, weil die Beteiligten sehr stark bewaffnet sind, bei einer Eskalation könnte eine Situation wie im Gazastreifen entstehen. Das Friedensprojekt Europa hat hier eine große Verantwortung. Eine überwachte Unabhängigkeit des Kosovo ist ein möglicher Weg, aber ohne Zustimmung von Serbien wird es keine Stabilität geben.

In Albanien ist die EU gefordert mitzuhelfen, dass die Demokratie weiter entwickelt wird: Derzeit dominiert die Rivalität zwischen den beiden Blöcke rund um Regierungschef Berisha und den Bürgermeister von Tirana, Rama.

Auch in einigen Nachfolgestaaten von Jugoslawien stehen Reformen an, die von der EU unterstützt werden sollten, so zum Beispiel in Bosnien Herzegowina, Mazedonien und auch in Kroatien. Für den angestrebten Beitritt Kroatiens zur EU im Jahr 2009 sind eine Reform der Justiz und der Kampf gegen Korruption zentrale Voraussetzungen.

Insgesamt könnte für den Balkan das Modell der Benelux-Staaten eine Option sein, das bereits vor der Gründung der EU die Kooperation benachbarter Staaten vorgezeigt hat: Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Balkanstaaten ist eine wichtig Voraussetzung für eine positive öffentliche Meinung innerhalb der EU für die Aufnahme dieser Länder.

Die Situation im **Nahen Osten** steht bei jedem Treffen europäischer Außenminister auf der Tagesordnung. Im Nahen Osten liegt der Schlüssel für den Weltfrieden. Politisch sind die Konflikte um den Libanon, Syrien und zwischen Israel und Palästina nicht zu trennen. Israel ist eine extrem hoch entwickelte Demokratie; seine Sicherheit ist militärisch nicht zu garantieren, ein dauerhafter Friede nur diplomatisch zu erreichen. Es ist eine Aufgabe Europas in diesem Sinne auf Israel einzuwirken. Eine wichtige Voraussetzung für Fortschritte

im Friedensprozess ist nun durch die nationale Einheitsregierung in den Palästinensischen Autonomiegebieten gegeben, was vor allem dem Engagement der arabischen Liga beim Treffen in Mekka zu verdanken ist – eine sehr positive Entwicklung. Wenn sich sowohl die Arabische Liga, als auch die USA, die EU, Russland und die UNO in den Friedensprozess einbringen, sind gute Voraussetzungen für Fortschritte gegeben. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum Frieden ist es, die Lebensbedingungen der Palästinenser zu verbessern: Derzeit ist der Lebensstandard in den Autonomiegebieten erniedrigend, Gaza hat die Atmosphäre eines riesigen Gefängnisses, die Motivation für Hass und Terror liegt darin begründet. Wirtschaftliche und soziale Perspektiven sind wichtig für den Frieden. Die EU unterstützt Palästina finanziell (2006 mit mehr als 720 Mio. EUR). Israel hat ein Recht auf Sicherheit, aber Palästina hat auch ein Recht auf Dignität!

Der Konflikt um das **iranische Atomprogramm** ist entstanden, weil der Iran jahrelang ein Atomprogramm hinter dem Rücken der IAEA betrieben hat. Dadurch ist das Misstrauen der internationalen Staatengemeinschaft verständlich. Gute internationale Beziehungen sind für den Iran nur möglich, wenn dieses Misstrauen ausgeräumt wird. Zur Zeit herrscht in der internationalen Gemeinschaft einhellig die Meinung, dass der Konflikt ohne gewaltsame Intervention gelöst werden soll. Wichtig wäre es, die Opposition im Iran zu stärken. Der Iran muss erkennen, dass in der internationalen Gemeinschaft kein Platz für ihn ist, wenn er Terror unterstützt.

Für die **Zukunft des Irak** ist zu beurteilen, ob die Anwesenheit fremder Truppen im Land letztlich mehr zur Beruhigung der Situation oder zur Provokation beiträgt. Die Probleme zwischen den drei Gruppen der Kurden, Schiiten und Sunniten sind durch die Besatzung nicht lösbar. Ein Abzugsplan wäre wichtig und die Rechtsstaatlichkeit im Irak sollte weiter gestärkt werden.

Die Welt ist nervös, man muss alles tun, was zur Beruhigung beiträgt. Mehr Abwehr- raketen provozieren schlussendlich mehr Angriffsraketen. Die Aufgabe der UNO ist es, die Multilateralität hoch zu halten – sonst hat die Unilateralität das Sagen.

Aus der Diskussion:

Zum Zeitablauf der Verhandlungen im Kosovo: Die Verhandlungen wurden nach relativ kurzer Zeit abgeschlossen, weil sich in diesem Rahmen zwischen den Verhandlungsparteien nichts mehr bewegt hat.

Zur Einwanderungspolitik Europas: Europa ist ein Anziehungspunkt für Menschen aus ärmeren Regionen. Wir müssen teilen. Hilfe für Afrika ist eine Form, das Leben für junge Menschen in ihrer Heimat wieder attraktiver zu machen – mehr in Kooperation zu investieren und weniger in Waffen.

Zur Frage nach einem europäischen Außenminister: Eine gemeinsame Verfassung wäre keine ausreichende Grundlage für ein derartiges Amt, es wäre darüber hinaus ein klares und eindeutiges Mandat vom Rat nötig – und das für jeden Handlungsfall.